



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 39. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Januar 2026, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Andrea Tschacher (CDU), in Vertretung von Seyran Papo
Rasmus Vöge (CDU)
Patrick Pender (CDU), in Vertretung von Uta Wentzel
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dirk Kock Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sybilla Nitsch (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 20. Legislaturperiode (2022–2027) – Minderheitenbericht 2024.....	5
Bericht der Landesregierung.....	
Drucksache 20/2798.....	
2. Bericht der Landesregierung zur Abstimmung im Bundesrat zum MFR am 21. November 2025.....	17
Berichtsantrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD).....	
Umdruck 20/5727.....	
3. Bericht zur 99. EMK am 11. und 12. Dezember 2025 in Brüssel.....	19
Angebot der Landesregierung.....	
hierzu: Unterrichtung 20/309.....	
4. Nordseebericht.....	21
Bericht der Landesregierung.....	
Drucksache 20/3008.....	
5. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten	22
Antrag der Fraktion der SPD.....	
Drucksache 20/2308.....	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP.....	
Drucksache 20/2364.....	
Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten.....	22
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	
Umdruck 20/3711.....	
Antrag der Fraktion der SPD.....	
Umdruck 20/4991.....	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP.....	
Umdruck 20/5753.....	
6. Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland.....	23
Antrag der Fraktionen von SSW und SPD.....	
Drucksache 20/2475 (neu).....	
Änderungsantrag der Fraktionen von SSW und SPD.....	
Umdruck 20/5604.....	

7.	Information/Kenntnisnahme.....	24
	Unterrichtung 20/301: Bundesratsinitiative: Entschließung des Bundesrates „Klimaschutzprogramm des Bundes ambitioniert ausgestalten und umsetzen“	
	Unterrichtung 20/310: Ergebnisprotokoll der Konferenz der Regierungschefin- nen und Regierungschefs der Länder vom 4. Dezember 2025.....	
8.	Verschiedenes.....	25

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Mündliche Anhörung

Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 20. Legislaturperiode (2022–2027) – Minderheitenbericht 2024

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/2798](#)

(überwiesen am 27. März 2025 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [20/5676](#), [20/5751](#)

European Centre for Minority Issues (ECMI)

Martin Klatt
Umdruck [20/5789](#)

Herr Klatt, Abteilungsleiter für die Erforschung der deutsch-dänisch-friesischen Grenzregion am European Centre for Minority Issues (ECMI), führt anhand seiner Stellungnahme ([Umdruck 20/5789](#)) in die Beratung ein.

Mit Blick auf die deutsch-dänische Grenzregion erklärt Herr Klatt, die meisten Absolventen der dänischen Gymnasien in der Grenzregion studierten anschließend nicht in Schleswig-Holstein, sondern mehrheitlich in Dänemark. – Abgeordnete Waldinger-Thiering kommentiert dazu, dass die Bedingungen für Studierende in Dänemark derzeit besser seien. – Herr Klatt wirft ein, duale deutsch-dänische Studiengänge, die auch auf Distanz funktionierten, könnten künftig eine Möglichkeit für die Kieler Christian-Albrechts-Universität darstellen, auf Grundlage fester Vereinbarungen mit dänischen Universitäten zu kooperieren. Die Konzeption eines solchen Studiengangs könne das Land gezielt mit einer Startförderung unterstützen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kock-Rohwer zur Gemeinschaft der Sinti und Roma im Land teilt Herr Klatt mit, dass derzeit keine Gespräche mit der Landesregierung stattfänden, um eine gezielte Förderstruktur für die Minderheit zu entwickeln. Er halte es möglicherweise

für sinnvoll, spezielle Programme zu lancieren, die Angehörige der Gruppe der Sinti und Roma bei der Aufnahme eines Studiums unterstützten. Denn im Gegensatz zu Friesen und Dänen seien Sinti und Roma im Land als einzige autochthone Minderheit noch immer von Stigmatisierung und Diskriminierung betroffen. Vor diesem Hintergrund sei die Einrichtung der Meldestelle Antiziganismus (MIA) im Jahr 2021 sehr zu begrüßen.

Aufgrund einer gewissen Distanz, die die Gemeinschaft der Sinti und Roma lange Zeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft aufrecht erhalten habe, sei wenig über diese Gruppe bekannt. Im Rahmen eines Projektes namens Minderheitenkoffer sei angedacht, Inhalte zur Gruppe der Sinti und Roma zur niederschweligen Wissensvermittlung an Schulen zu erarbeiten.

Herr Klatt drückt abschließend sein Bedauern darüber aus, dass sich das Berichtswesen zu den autochthonen Minderheiten in den Kommunen landesweit auf dem Rückzug befinde.

Europa-Universität Flensburg (EUF)

Dr. Jørgen Kühl

Herr Dr. Kühl, Honorarprofessor am Institut für Frisistik und Minderheitenforschung an der Europa-Universität Flensburg (EUF), betont einleitend die souveräne Führungsposition, die Schleswig-Holstein im Bereich der Minderheitenpolitik bundesweit inne habe. – Abgeordneter Vöge pflichtet bei und unterstreicht, dass das Land bei Minderheitenthemen auch unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Vorreiter sei. Diese beschäftigten sich aktuell noch mit sehr grundsätzlichen Fragen zur bulgarischen Minderheit in Nordmazedonien oder zur rumänischen Minderheit in Serbien.

Bezugnehmend auf die europäische Ebene erklärt Herr Dr. Kühl, der Ostseerat sehe das Potential, die besondere schleswig-holsteinische Erfahrung zum Themenkomplex Minderheiten in einem europäischen Kontext darzustellen. So interessiere sich der Ostseerat dafür, die Themen der Internationalen Sommeruniversität in der Bildungsstätte Knivsberg auf den ganzen Ostseeraum zu erweitern, also die Themen des deutsch-dänisches Grenzlands auf die Minderheiten im Ostseeraum-Kontext zu übertragen.

Aus Sicht der Forschung herrsche in Schleswig-Holstein ein Mangel an Forschungskompetenz zu Minderheiten. So gebe es an keiner Universität einen Schwerpunkt zur Forschung der

Minderheiten im Grenzgebiet – weder zur dänischen Minderheit in Deutschland noch andersherum zur deutschen Minderheit in Dänemark. Das sei vor allem perspektivisch ein Problem: Aktuell gebe es drei aktive Wissenschaftler, die Deutsch und Dänisch beherrschten. Zwei davon seien über 60 Jahre alt. Es bestehe also in naher Zukunft ein Nachwuchsproblem. Um dieses zu lösen, brauche es bis zu zwei Mitarbeiterstellen EG 13, die zunächst als Mittelbau fungierten. Diese Maßnahmen initiiere wissenschaftlichen Nachwuchs. Neue Professorenstellen einzurichten sei hingegen aktuell nicht erforderlich.

Der Studiengang Frisistik am Institut für Frisistik und Minderheitenforschung an der EUF leide derzeit unter zu geringen Studierendenzahlen, obwohl er bereits in unterschiedlichen Konstellationen zu studieren möglich sei. Von der Einführung eines englischsprachigen Masterstudiengangs erhoffe sich die Hochschule, in Zukunft mehr Studierende für den Studiengang Frisistik gewinnen zu können, denn ein Teilaspekt dieses zweijährigen Studiums werde der Erwerb einer Minderheitensprache – Friesisch, Dänisch oder Niederdeutsch – sein. Der Studiengang werde aktuell finalisiert und dann von den entsprechenden Gremien geprüft. Es sei unklar, wie lang dieser Prozess dauern werde.

Auch Herr Dr. Kühl nimmt Herausforderungen im Bereich der Wissensvermittlung in den Blick: So sei es wichtig, für den grundsätzlichen Unterschied zwischen beheimateten, autochthonen Minderheiten und zugewanderten, allochthonen Minderheiten, die durch Migration entstanden seien, zu sensibilisieren. Solche grundlegenden Kenntnisse seien aus seiner Sicht systematisch im Schulunterricht zu vermitteln und sollten obligatorisch in den Fachanforderungen verankert sein. – Abgeordneter Pender merkt dazu kritisch an, dass hierfür zunächst zugunsten der Minderheitenthemen andere Inhalte aus den Fachanforderungen gestrichen werden müssten. – Abgeordnete Waldinger-Thiering pflichtet dem Einwand dahin gehend bei, dass die Schulen bereits vielfältigen Vermittlungsaufträgen verpflichtet seien.

In diesem Zusammenhang wirbt die SSW-Abgeordnete für das Projekt dialogP, dass Schülerinnen und Schüler in einen Austausch mit Abgeordneten bringe. Sie selbst habe auf diesem Wege bereits Gespräche zum Thema Minderheiten mit Schülerinnen und Schüler aus den südlichen Landesteilen geführt.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kock-Rohwer mit Blick auf Informationen über Minderheiten in den Schulen betont Herr Dr. Kühl, dass im Bildungsministerium derzeit aktiv an der Umsetzung einer entsprechenden Kultusministerkonferenz-Vereinbarung gearbeitet werde. Die

Akteurinnen und Akteure stünden mit allen Beteiligten im Dialog. Der Minderheitenbevollmächtigte der Landesregierung, Herr Callsen, spiele in dem Zusammenhang eine proaktive Rolle.

Herr Dr. Kühl zeigt sich überrascht davon, wie gering die Präsenz der Minderheitenthemen als Alleinstellungsmerkmal der schleswig-holsteinischen Politik in der Tätigkeit des Landesbeauftragten für politische Bildung sei. Vor kurzem sei immerhin eine neue Broschüre zu Nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein herausgegeben worden.

Dass die Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch künftig vor Gericht zulässig sein sollten, bleibe ein zentrales Anliegen der autochthonen Minderheiten, betont Herr Dr. Kühl. – Abgeordnete Waldinger-Thiering unterstreicht daraufhin nochmals die Wichtigkeit dieses Anliegens aus der Sicht der SSW-Fraktion sowie der Minderheiten selbst.

Wie sein Vorredner Herr Klatt kritisiert auch Herr Dr. Kühl die Kreise und Gemeinden dafür, die Minderheitenberichte auf der kommunalen Ebene, die laut Kreis- und Gemeindeordnung verpflichtend anzufertigen seien, zurückzufahren. Er betont, dass die Minderheiten selbst diesen Berichten eine zentrale Bedeutung beimäßen. – Abgeordnete Pauls unterstreicht die Bedeutung kommunaler Minderheitenberichte daraufhin ebenfalls und appelliert an die Kommunen, diese beizubehalten.

Sodann bringt Abgeordnete Pauls einen Tag der Minderheiten ins Spiel, der etwa an den Schulen mit Projekten zum Thema Minderheiten begangen werden solle. – Herr Dr. Kühl entgegnet, es sei eine gute Idee, solche Projekte an den Schulen fachübergreifend zu machen. – Abgeordneter Timmer ergänzt, ein Tag der Minderheiten könne aus seiner Sicht gegebenenfalls auf alle öffentlichen Einrichtungen – Universitäten, Gemeinden, Landesverwaltung und ähnliches – ausgeweitet werden und so einen gesamtgesellschaftlichen Impuls setzen.

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN)

Bahne Bahnsen, Vizepräsident

Herr Bahnsen, Vizepräsident der FUEN, richtet seinen ausdrücklichen Dank an die Landespolitik. Als Schleswig-Holsteiner europäische Minderheitenpolitik zu vertreten bereite ihm große Freude. Aufgabe seiner Organisation sei es, die europäische Identität und ihre Werte in

der aktuell angespannten geopolitischen Lage zu stärken. Dazu zählten die europäischen Sprachen und die kulturelle Verschiedenheit der Völker Europas. Als Beispiel nennt er den Erfolg des nordfriesischen Kulturguts des Bikebrennens, das seit zehn Jahren anerkanntes Kulturerbe der UNESCO sei. Trotz erwartbar schlechten Wetters kämen jeden Februar anlässlich dieser Tradition rund 50.000 Menschen zu Besuch nach Nordfriesland.

Nordfriisk Instituut

Dr. Christoph G. Schmidt, Direktor

Herr Dr. Schmidt, Direktor des Nordfriisk Instituut, bezeichnet die Etablierung der Friesenstiftung als Meilenstein. Insbesondere die Kontinuität in der Arbeit, die durch diese Institutionalisierung möglich geworden sei, hebt er positiv hervor. Mit der neu geschaffenen Abteilung Nordfriisk Liirskap sei es nun möglich, nachhaltig Unterrichtsmaterialien für den Friesischunterricht an Grundschulen sowie für die allgemeine Spracharbeit des Nordfriisk-Instituut zu erarbeiten.

Ein Problem für das Institut stelle der feststehende Betrag dar, der für die Personalkosten vorgesehen sei. In diesem Zusammenhang erweise sich die Koppelung der Gehälter an den Tarifvertrag der Länder als nachteilig, die Herr Dr. Schmidt eigentlich begrüße. Aktuell führe diese Sachlage aber zu der Notwendigkeit, die Personalkapazitäten, die gerade aufgebaut worden seien, schleichend wieder abschmelzen.

Das Ziel des Nordfriisk-Instituut sei es, belastbaren Spracherwerb und nicht nur Sprachberührung zu ermöglichen. Dazu bedürfe es einer kontinuierlichen Vermittlung einer Sprache über mehrere Klassenstufen hinweg. Der Status des Faches Friesisch an den Schulen sei hierbei ein wichtiger Aspekt, denn damit sei die Frage eng verknüpft, ob ausreichend Lehrkräfte ausgebildet würden.

Das Angebot des NDR halte er für unzureichend. Auf jedem Sender des NDR, der in Schleswig-Holstein sendet, sollte nach Überzeugung Herrn Dr. Schmidts wöchentlich 35 Minuten lang die friesische Sprache zu hören sein. Für diesen Wert lege er den Anteil jener Personen zugrunde, die in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung Friesisch entweder sprechen oder verstehen. Er plädiere dafür, entsprechende Formate auf Friesisch ins lineare Programm aufzunehmen. Sprache werde nur wirklich sichtbar, wenn man ihr auch zufällig begegnen

könne. Dies werde verhindert, wenn der NDR das Friesische als Nischenprogramm auffasse und vor allem auf Podcast setze.

Die friesische Volksgruppe wünsche sich die Jugendarbeit zu stärken, um die Verbindung von Sprachen und Identität in dieser Generation zu stärken. Dafür brauche es mittelfristig in den kommenden Jahren hauptamtliche Kapazitäten. In diesem Sinne wirbt Herr Dr. Schmidt abschließend für Unterstützung aus der Landespolitik.

Frasche Rädj / Friesenrat Sektion Nord e. V.

Ingwer Nommensen, Vorsitzender

Herr Nommensen Vorsitzender des Frasche Rädj / Friesenrat Sektion Nord e. V., bemängelt ebenfalls, die aktuelle mediale Präsenz des Friesischen beim NDR sei unzureichend. Diese sei nicht angemessen. Der MDR zeige anhand seines Umgangs mit den Sorben, dass es anders gehe.

Auch im Bereich der Schulbildung sehe er Defizite. So sei etwa der Status des Faches Friesisch an den Schulen uneinheitlich geregelt. In der Oberstufe werde es als Fach angesehen, in der Grundschule oder Mittelstufe aber meist als AG unterrichtet. Solange Friesisch nicht einheitlich als eigenständiges Fach anerkannt sei, könnten Lehrkräfte entsprechende Weiterbildungen nicht als Fortbildung anerkannt bekommen. Der unklare Status mache das Fach zudem für Lehramtsstudierende unattraktiv und führe damit letztlich zu Lehrermangel in dem Bereich.

Friesisch zu studieren büße aktuell auch darum an Attraktivität ein, weil es lediglich als Ergänzungsfach studiert werden könne. Das bedeute für Studierende, zusätzliche Semesterwochenstunden leisten zu müssen. Herr Nommensen appelliert darum dringend dafür, Friesisch künftig als eigenständigen Studiengang an der Europa-Universität zu etablieren. Das gängige Gegenargument, dass Friesisch nicht an allen Schulen im Land unterrichtet werde, halte er für überbetont, denn fachfremd zu unterrichten sei gängige Praxis an den Schulen. bis in die Mittelstufe sei das studierte Fach nicht von entscheidender Bedeutung für die Eignung einer Lehrperson.

Aus eigener Erfahrung berichtet Herr Dr. Schmidt von bürokratischen Hemmnissen für Studierende in der Grenzregion: Seine Tochter habe nach einem Abschluss in Aarhus an die Flensburger Hochschule habe wechseln wollen. Wenn bereits die Anerkennung erworbener Zeugnisse Schwierigkeiten bereite, gehe dies eindeutig zulasten der Attraktivität der Europa-Universität Flensburg.

Abschließend benennt Herr Dr. Schmidt weitere übergeordnete Ziele der minderheitenpolitischen Bemühungen seiner Organisation: Friesisch solle als Gerichtssprache anerkannt und die vier nationalen Minderheiten sollten ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Sydslesvigsk Forening e. V. (SSF)

Lasse Rodewald, Generalsekretär
Gitte Hougaard-Werner, Vorsitzende

Herr Rodewald, Generalsekretär von Sydslesvigsk Forening e. V., sieht eine positive Entwicklung im Bereich der Minderheitenpolitik im Land. Dazu zähle die Entschließung des Bundesrates aus dem September 2025, die Bundesregierung dazu aufzufordern, eine Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen und die vier autochthonen nationalen Minderheiten ins Grundgesetz aufzunehmen. Ebenfalls positiv sei eine Anhebung der Förderung hervorzuheben: Diese habe eine nachhaltige Verbesserung in Kommunikation und Vereinsarbeit ermöglicht. Die Unterstützung bei Neubau und der Neukonzeptionierung des Museums Dannewerk sowie die Möglichkeit mehrjähriger Förderverträge unterstrichen die positiven Entwicklung.

Zudem sei die Einführung eines Minderheitenbeauftragten hervorzuheben. Durch die Personalunion dieser Position mit dem Amt des Dänemarkbevollmächtigten werde das Bewusstsein für die wichtige Rolle der Minderheiten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefestigt.

Der uneingeschränkte Kontakt mit und nach Dänemark sei für die dänischen Minderheit von umfassender Bedeutung. Der freie Zugang zu dänischen Medien spiele sprachlich und kulturell eine bedeutende Rolle. Darum sei es wichtig, dass sich die Bundesrepublik weiterhin für eine Reform des europäischen Geo-Bloggings einzusetzen. Es gebe – auch durch den Minderheitenbeauftragten – bereits gute Impulse.

Trotz der vielen Fortschritte sehe er in Schleswig-Holstein weiterhin minderheitenpolitisches Potenzial, erklärt Herr Rodewald. Der NDR etwa sei gefordert, seiner Verpflichtung gemäß Staatsvertrag nachzukommen. In dem Bereich sei seiner Überzeugung nach bislang zu wenig geschehen. Die autochthonen Minderheiten erhofften sich zukünftig die Möglichkeit, im Rundfunkrat des NDR vertreten zu sein, so wie es im ZDF-Fernsehrat bereits seit 2016 der Fall sei.

Im Bereich Stärkung der dänischen Sprache sehe er zusätzliche Fördermöglichkeiten durch die Tageszeitung der dänischen Minderheit, der Flensburg Avis. Denn die Zeitung „Der Nord-schleswiger“ erhalte eine Förderung aus Dänemark und Deutschland; die Flensburg Avis werde dagegen bisher ausschließlich aus Dänemark unterstützt.

Frau Hougaard-Werner, Vorsitzende von Sydslesvigsk Forening e. V., ergänzt, dass sie die Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung als sehr vertrauensvoll wahrnehme. Einen Grundstein für ein funktionierendes Zusammenleben der Minderheiten mit der Mehrheitsgesellschaft sehe sie in einem möglichst fundierten und breit gestreuten Wissen über autochthone Minderheiten in der Mehrheitsbevölkerung.

Dazu gehöre auch die klare Unterscheidung zwischen autochthoner und allochthoner Minderheit. Die bislang verbreitete Unschärfe in dieser Frage erschwere es erfahrungsgemäß, Anliegen wie die Anerkennung von Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch vor Gericht durchzusetzen. Beheimatete Minderheiten sollten einen besonderen Schutz genießen, zeigt sie sich überzeugt. Sie unterstreicht nochmals die auch aus Ihrer Sicht zentrale Bedeutung der Forderung, Minderheitensprachen in Zukunft vor Gericht zuzulassen.

Auch aus Sicht Frau Hougaard-Werners stelle der Rückzug der Minderheitenberichte auf kommunaler Ebene aus ihrer Sicht einen Rückschritt dar. Sie stünden nicht nur für Schutz und Anerkennung der dänischen Minderheit, sondern bildeten auch minderheitenpolitische Ansätze und Handlungen ab. Sie verdeutlichten auf der einen Seite Fortschritte auf kommunaler Ebene, zeigten auf der anderen Seite aber auch auf, wo weiterhin Handlungsbedarf bestehe. Die Berichte böten ein wertvolles Monitoring, um in der kommunalen Minderheitenpolitik weiterzuarbeiten.

Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. – Landesverband Schleswig-Holstein e. V.

Rolf Schlotter, Vorstandsmitglied

Umdruck [20/5799](#)

Herr Schlotter, stellvertretender Vorsitzender des Verbands Deutscher Sinti und Roma e.V., schickt seinen Ausführungen voraus, er wünsche sich mehr Klarheit und Nachvollziehbarkeit für seine Arbeit. Politische Bekenntnisse seien wichtig, doch entscheidend bleibe Verbindlichkeit in der Praxis. Nicht immer folgten aus dem Bekenntnis, unterstützen zu wollen, klare Zuständigkeiten, Zeitpläne oder gar überprüfbare Zielen. Das führe dazu, dass Verantwortung leicht diffundiere und Fortschritte schwer messbar blieben. Sodann führt er anhand einer Stellungnahme (Umdruck [20/5799](#)) ein.

Er ergänzt, insbesondere in der Bildungs- und Erinnerungsarbeit erlebe er häufig Interesse und Offenheit. Schülerinnen und Schüler stellten kluge Fragen, Lehrkräfte suchten nach Orientierung und auch auf kommunaler Ebene gebe es vielfach den Wunsch, Minderheitenperspektiven sichtbar zu machen. Diese Erfahrungen bestätigten aus Sicht Herrn Schlotters, dass die im Bericht beschriebenen Schwerpunkte grundsätzlich richtig gesetzt seien.

Gleichzeitig zeige der Alltag, wo die Grenzen des bisher Erreichten lägen. Antiziganismus sei für viele Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma keine Ausnahme, sondern Teil ihrer Lebenswirklichkeit. In Gesprächen nach Workshops, persönlichen Rückmeldungen oder im Austausch mit Familien werde immer wieder deutlich, dass Antiziganismus oft leise, manchmal offen und häufig strukturell fortbestehe.

Sinti Union Schleswig-Holstein e. V.

Kelly Laubinger, Geschäftsführerin

Helene Laubinger

Frau Laubinger, Geschäftsführerin der Sinti Union Schleswig-Holstein e. V., berichtet, dass ihre Organisation nicht imstande gewesen sei, einen eigenen Beitrag zum vorliegenden Minderheitenbericht zu leisten, da sie die gesamte Verbandsarbeit als einzige hauptamtlich tätige Person schultere.

Ihre Aktivitäten schildert sie wie folgt: Im Jahr 2024 seien landes- und bundesweit 105 Presse- und Medienberichte infolge ihrer Arbeit erschienen. Im Jahr 2025 sei in Zusammenarbeit mit

ihr zudem die in der ARD-Mediathek abrufbare Filmdokumentation „Polizei und Rassismus“ entstanden. Zudem habe sie einen Essay für die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster zum Thema Polizei und Rechtsextremismus verfasst, der in einem Sammelband im Nomos-Verlag erscheinen werde. – Herr Schlotter bringt in diesem Zusammenhang als Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen die Einrichtung eines Antiziganismusbeauftragten ins Spiel.

Frau Laubinger erklärt dazu, dass ehrenamtlich geprägte Strukturen an ihre Grenzen gerieten, wenn Gremiensitzungen morgens stattfänden. Auch ansonsten werde nicht immer sensibel terminiert, etwa wenn eine Gremiensitzung einen Tag vor dem Holocaust-Gedenktag liege. Diese und ähnliche Konstellationen hätten deutliche Auswirkungen auf Selbstorganisation in der Antirassismuserbeit. – Abgeordnete von Kalben ermuntert Frau Laubinger, solche Schwierigkeiten direkt in Gremiensitzungen anzusprechen.

Abgeordneter Vöge stimmt Frau Laubinger dahingehend zu, dass es in der Tat wichtig sei, sich weiterhin in der Antirassismuserbeit zu engagieren und den belegt vorhandenen „strukturellen Rassismus“ weiter zu bekämpfen. Kritisch sehe er jedoch eine Plakatkampagne der Sinti Union mit der Aussage: Die Institution Polizei versagt weiterhin strukturell. – Er sei irritiert, dass ein derartiger Vorwurf gegenüber der gesamten Landespolizei geäußert werde, da die Landespolizei aktiv in die Antirassismuserbeit investiere und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte entsprechend fortbilde.

Frau Laubinger antwortet, es gebe bei allen Institutionen strukturelle Probleme: „Es gibt strukturelle Probleme überall. Auch die Institution Schule versagt strukturell. Die Institution Polizei versagt strukturell. Alle Bereiche versagen strukturell.“ Der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus zeige das strukturelle Versagen in Justiz und Polizei auf. Es gehe dabei ausdrücklich nicht darum, einzelne Polizeibeamtinnen und -beamte zu kritisieren. Sie selbst schule Polizistinnen und Polizisten und habe im Rahmen ihrer Arbeit viele rassismuskritische Beamtinnen und Beamte kennengelernt.

Nichtsdestotrotz, so Frau Laubinger weiter, dürfe man die Geschichte nicht außen vor lassen. Die „System Polizei“ sei aufgebaut und etabliert worden durch die Vertreibung des „Z-Unwesens“. Es sei unklar, was in den Datenbanken der Polizei genau stehe, beispielsweise, wenn bei einer tatverdächtigen Person „ostasiatisches Aussehen“ erfasst werde, auch wenn die Familie seit mehreren Generationen in Deutschland lebe. Es handele sich um Racial Profiling.

Ihre eigenen Erfahrungen mit den Folgen des Racial Profiling seien Gegenstand der erwähnten Dokumentation. Das SEK habe die Privatsphäre ihrer Familie in ihrer Kindheit im Zuge einer Wohnungsdurchsuchung, deren Veranlassung allein auf die Zugehörigkeit der Familie zur Minderheit der Sinti zurückzuführen gewesen sei, gravierend verletzt. Der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus zeige auf, dass bis in die 90er-Jahre hinein Durchsuchungen bei Sinti und Roma nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Minderheit stattgefunden hätten. Auch heute noch fänden „rassistische Polizeikontrollen“ statt. Abschließend begrüßt Frau Laubinger, dass Abgeordneter Vöge die Existenz eines „strukturellen Problems“ anerkannt habe.

Herr Schlotter, Mitglied im Vorstand des Landesverband Schleswig-Holstein Deutscher Sinti und Roma e. V., erklärt, er stimme Frau Laubinger zwar zu, auch er kenne die Berichte über antiziganistische Vorfälle. Die Plakatkampagne stelle jedoch einen unangebrachten verbalen Rundumschlag dar. Er habe vor kurzem einen Workshop für Polizistinnen und Polizisten an der PD AFB Eutin gehalten und dort ein sehr zugewandtes Gespräch erlebt. Es sei nicht sachgerecht, die Polizei mit einem Vorwurf im Stile von „Alle Soldaten sind Mörder“ zu belegen. Dessen ungeachtet gebe es durchaus „antiziganistische Zustände bei der Polizei“.

Abgeordnete von Kalben sieht kein strukturelles Versagen der Polizei, die entsprechenden Ausführungen von Frau Laubinger hätten sie nicht überzeugt. Es gebe strukturelle Defizite, aber seit Jahren werde intensiv in Antirassismus-, Antiziganismus- und Antisemitismusarbeit investiert. Es sei aus ihrer Sicht schwierig, die gesamte Polizei unter Generalverdacht zu stellen. In der Polizei, aber auch an den Schulen gebe es viele Bemühungen, um für das Thema zu sensibilisieren. Sie verstehe die Äußerungen Frau Laubingers so, dass es auch ihr eher um strukturelle Defizite gehe. Diese zu beheben sei in Anbetracht eines aktuell stattfindenden Rechtsrucks wichtig.

Abgeordneter Pender betont, die Arbeit von Frau Laubinger sei wichtig. Es sei aber nicht zutreffend, von einem strukturellen Totalversagen zu sprechen, denn es erfolge ja eine Kooperation mit dem Innenministerium, welches auch die Meldestelle MIA unterstütze. Polizistinnen und Polizisten sorgten in der aktuell angespannten Zeit dafür, dass Minderheiten ihre Schutzrechte einfordern könnten. Individuelle Erfahrungen zu schildern sei berechtigt, doch ein pauschaler Vorwurf, wie die beschriebene Plakatkampagne ihn formuliere, könne dem Miteinander in der Gesellschaft schaden. Es sei zentral, das Miteinander in der öffentlichen Debatte zu stärken.

Frau Laubinger erklärt abschließend, sie schätze die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium. Sie habe kein Problem mit einer entsprechenden Förderung durch das Ministerium.

2. Bericht der Landesregierung zur Abstimmung im Bundesrat zum MFR am 21. November 2025

Berichtsantrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)
Umdruck [20/5727](#)

Der Europastaatssekretär berichtet aus der Plenarsitzung des Bundesrats vom 21. November 2025, in der zu insgesamt 15 Vorlagen der Europäischen Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) Stellung genommen worden sei. Herr Carstens betont, sich auf die wichtigsten Punkte begrenzen zu wollen.

Die Landesregierung habe die grundsätzliche Kritik der Länderkammer an den Plänen zu einer neuen Struktur des MFR mit ihrem Abstimmungsverhalten unterstützt. Dies betreffe insbesondere die Ablehnung der Zusammenführung der gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik in einem Sammelfonds sowie eine Zentralisierung der Fördermittelvergabe auf der Grundlage von nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP), da dies zu einem Verlust der Gestaltungsmacht der regionalen Ebene bei Vorbereitung, Ausarbeitung, Verhandlung und Umsetzung der Förderangebote führen werde.

Der Europastaatssekretär nennt einige Kernforderungen, denen mit den Stimmen Schleswig-Holsteins zugestimmt worden sei: Erstens sollten auch künftig alle Regionen Teil der Kohäsionspolitik sein. Zweitens werde die vorgeschlagene Verknüpfungen der Mittelauszahlung an Reformvorgaben, die nicht im Verantwortungsbereich der Region liegen, kritisch gesehen. Drittens sei Interreg als eigenständiges Programm in der bestehenden Ausrichtung und mit eigenständiger Mittelausstattung weiterzuführen. Viertens werde die Einführung der vorgesehenen GAP-Mindestbudgets für die Einkommensunterstützung der Landwirte grundsätzlich begrüßt.

Des weiteren unterstütze Schleswig-Holstein fünftens die Forderung, für Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen ein Mindestbudget vorzusehen. Als sechsten Punkt nennt Staatssekretär Carstens die Kritik am Wegfall eines eigenständigen Förderbudgets für ländliche Entwicklung. Siebtens werde der Erhalt des Forschungsprogramms Horizont Europa als eigenständiges Programm bei geplanten Mittelerhöhungen begrüßt. Gleiches gelte für den achten Punkt. Dieser betreffe die Planung eines festen Budgets für Sicherheit und Verteidigung im European Competitiveness Fund (ECF).

Neuntens habe Schleswig-Holstein in der Abstimmung die Unterstützung des Mittelaufwuchses für Erasmus Plus als zentrales Mobilitäts- und Bildungsprogramm unterstützt, berichtet der Europastaatssekretär. Dies gelte zehntens auch für die Forderung, dass im nächsten MFR substanzielle und zielgerichtete Mittel für den Umwelt- und Klimaschutz zur Verfügung zu stellen seien und dass das etablierte Förderprogramm für Umwelt, Natur und Klimaschutz als eigenständiges Instrument erhalten bleibe. Elftens begrüße die Landesregierung eine starke Rechtsstaatskontinuität mit dem nächsten MFR. Als zwölfter Punkt schließlich, werde die Einführung einer neuen Unternehmenssteuer zur anteiligen Finanzierung des nächsten MFR abgelehnt.

Auf die Frage des Abgeordneten Timmer, warum sich die Landesregierung bei mehreren Punkten enthalten habe, antwortet Staatssekretär Carstens, dieses Verfahren sei üblich, wenn die Koalitionspartner unterschiedlicher Auffassung seien.

Konkret betreffe dies etwa die Forderung nach einer verstärkten GAP-Förderung für die Einkommensunterstützung der Landwirte, die Reichweite der ökologischen Ausgestaltung der GAP, die Frage nach der Finanzierung der Umsetzung der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, beispielsweise durch Bereitstellung eines Mindestbudgets, die Forderung, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Klima- und Umweltquoten 25 Prozent für den MFR insgesamt und 43 Prozent für den NRPP für alle Sektoren gelten sollen und nicht vorrangig einzelne Politikbereiche zugewiesen werden. Ein letzter Punkt, der innerhalb der Koalition unterschiedlich betrachtet werde, sei eine erneute Aufnahme gemeinsamer Schulden durch die Europäische Kommission sowie die Einführung eines neuen Eigenmittels basierend auf der Wiederverwertung von Elektro- und Elektronikgeräten zur anteiligen Finanzierung des nächsten MFR.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten von Kalben und Timmer sagt Staatssekretär Carstens zu, eine Übersicht zu jenen Punkten, bei denen sich die Landesregierung enthalten habe, sowie die Vorlage zu seinem Vortrag (beides Umdruck [20/5966](#)) zur Verfügung stellen. Es sei allerdings nicht möglich, in einer Vorlage aufzuführen, wer wie argumentiert oder welche Position vertreten habe.

3. Bericht zur 99. EMK am 11. und 12. Dezember 2025 in Brüssel

Angebot der Landesregierung

hierzu: Unterrichtung [20/309](#)

Staatssekretär Carstens berichtet, dass insbesondere die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU thematisiert worden seien. Es habe ein Austausch mit den zuständigen Berichterstattem des Europäischen Parlaments, Frau Tavares, Herrn Muresan sowie dem schleswig-holsteinischen Europaparlamentarier Herrn Andresen, stattgefunden. Eine zentrale Aussage sei gewesen, dass die Europäische Kommission mit den Themen Sicherheit, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit die richtigen Prioritäten für den nächsten MFR setze. Allerdings sei zukünftig darauf zu achten, dass die GAP und die Kohäsionspolitik weiterhin wichtige und voneinander getrennt zu betrachtende Politikbereiche blieben.

In der anschließenden Diskussion habe die EMK die Kritik an der neuen Struktur des MFR mit dem geplanten Sammelfonds und einer deutlichen Schwächung der Rolle der Regionen bei der Umsetzung der GAP und der Kohäsionspolitik noch einmal bekräftigt. Zur Zukunft der Kohäsionspolitik habe sodann ein gesondertes Gespräch mit dem stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, Herrn Sobral, stattgefunden. Hier sei aus Ländersicht vor allem die Klarstellung erfreulich gewesen, dass der Grundsatz Geld gegen Reformen, den die Europäische Kommission im nächsten MFR verankern wolle, nicht zur Aussetzung von Zahlungen an die Länder führe.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt sei das Thema Desinformation gewesen. Die EMK habe sich über die Gefahren für die Demokratie insbesondere infolge einer Einflussnahme von autoritären Regimen durch die Verbreitung von Desinformationen ausgetauscht. Die Relevanz dieses Themas sei gerade in Zeiten anstehender Wahlen in der Bundesrepublik und im Hinblick auf die Landtagswahlen in diesem Jahr gegeben.

Bei der EMK seien zwei Beschlüsse gefasst worden. Diese seien dem Landtag bereits zugeleitet worden. Beide Beschlüsse widmeten sich dem aktuellen Schwerpunktthema der Wettbewerbsfähigkeit. In einem Beschluss zur gemeinsamen EU-Außenhandelspolitik werde erneut die Notwendigkeit einer Diversifizierung der Handelsbeziehungen unterstrichen. Leider widersprächen die jüngsten Verzögerungen beim EU-Mercosur-Abkommen diesen Forderun-

gen. Zugleich enthalte der Beschluss ein Plädoyer für einen zielgerichteten Einsatz handelspolitischer Schutzelemente, um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern und die industrielle Basis in Europa zu sichern. Die EMK habe somit ein klares Bekenntnis zu den Anti-Dumping-Zöllen auf chinesischem Billigstahl gesetzt.

Der zweite Beschluss betreffe das Thema Bürokratieabbau. Die EMK sende damit zwei Botschaften. Erstens würden die Initiativen der Europäischen Kommission zur Vereinfachung und Reduzierung des Verwaltungsaufwands in sogenannten Omnibus-Paketen gebündelt. Diese Vorgehen sei insbesondere mit Blick auf die KMU zu begrüßen. Zweitens bestehe dahingehend Einigkeit, dass diese Maßnahmen nur ein erster Schritt zur Förderung der Entwicklung der Unternehmen in der EU seien.

Auf eine Rückfrage der Abgeordneten von Kalben antwortet der Europastaatssekretär, dass die Grönland-Frage nicht auf der EMK thematisiert worden sei.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer sagt Staatssekretär Carstens zu, Informationen zu den insgesamt acht Omnibus-Paketen zur Entbürokratisierung schriftlich zur Verfügung zu stellen (Umdruck [20/5968](#)).

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Pender antwortet der Europastaatssekretär, Zypern habe die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2026 inne; dann folge im zweiten Halbjahr die Präsidentschaft Irlands, im Rahmen derer sich Irland ab dem Sommer 2026 auf EU-Ebene insbesondere für ein Social-Media-Verbot stark machen wolle.

4. Nordseebericht

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3008](#)

(überwiesen am 23. Mai 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5550](#), [20/5730](#), [20/5929](#), [20/5730](#), [20/5735](#),
[20/5747](#)

Der Europaausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

5. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache [20/2364](#)

(überwiesen am 17. Juli 2024 an den **Bildungsausschuss** und den Europaausschuss)

Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umdruck [20/3711](#)

Antrag der Fraktion der SPD

Umdruck [20/4991](#)

hierzu: Umdrucke [20/4272](#), [20/4443](#), [20/4461](#), [20/4477](#), [20/4503](#), [20/4525](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Umdruck [20/5753](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss einstimmig, dem Landtag den interfraktionellen Antrag, Umdruck [20/5753](#), zur Annahme zu empfehlen. Ebenfalls einstimmig beschließt er, dass die Umdrucke [20/4991](#) und [20/3711](#) ihre Erledigung gefunden haben.

Sodann empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Bildungsausschuss einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, die Drucksachen [20/2364](#) und [20/2308](#) für erledigt zu erklären.

6. Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD
Drucksache [20/2475](#) (neu)

(überwiesen am 26. September 2024 an den **Europaausschuss** und
den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von SSW und SPD
Umdruck [20/5604](#)

hierzu: Umdrucke [20/3870](#), [20/4120](#), [20/4121](#), [20/4122](#), [20/4147](#),
[20/4179](#), [20/4180](#), [20/4181](#), [20/4182](#), [20/4183](#), [20/4186](#), [20/4187](#),
[20/4191](#), [20/4239](#), [20/4767](#) (neu), [20/4908](#), [20/4949](#), [20/4966](#),
[20/5032](#)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

7. Information/Kenntnisnahme

Unterrichtung [20/301](#): Bundesratsinitiative: Entschließung des Bundesrates „Klimaschutzprogramm des Bundes ambitioniert ausgestalten und umsetzen“

Unterrichtung [20/310](#): Ergebnisprotokoll der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 4. Dezember 2025

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, am 11. März 2026 ab 11 Uhr zu einer zusätzlichen Sitzung zusammenzukommen, um eine Anhörung zum Thema Arzneimittelversorgung durchzuführen. Die Sitzung wird von der stellvertretenden Vorsitzenden des Europaausschusses, Abgeordneter Papo, geleitet werden.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Nadine Otte
Geschäftsführung und Protokollführerin